

Die demokratischen Kräfte in Deutschland wären vereint in der Lage gewesen, das Unheil aufzuhalten. Sie hatten sich jedoch von den Gegnern des deutschen Volkes auseinanderbringen lassen und wurden getrennt geschlagen und vernichtet.

(Sehr richtig!)

Diese ungenügende Stärke und Reife der deutschen demokratischen Kräfte ermöglichten den Erfolg des Faschismus und den zweiten großen Versuch des deutschen Imperialismus, die Neuaufteilung der Welt zu seinen Gunsten durchzuführen. Zwei Weltkriege in einer Generation hat der deutsche Imperialismus dem deutschen Volke gebracht. Das darf sich nicht mehr wiederholen. Alle fortschrittlichen Kräfte müssen vereint dafür sorgen, daß nie wieder der deutsche Imperialismus in seinem Drang nach Eroberungen die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes zerstören kann.

(Beifall)

In diesem Sinne nimmt die Regierung den Auftrag der Volkskammer an. Sie wird ihn durchführen in völliger Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz und den sonstigen gemeinsamen Deklarationen der Alliierten. Die Regierung ist sich dabei der ganzen Schwere der Schuld und der Verantwortung bewußt, die das deutsche Volk dadurch auf sich lud, daß es blind der aggressiven Kriegspolitik der nationalsozialistischen Machthaber gefolgt ist und daß es die furchtbaren Verbrechen duldete, die im zweiten Weltkrieg an den Völkern Europas und besonders an den Völkern der Sowjetunion begangen wurden.

Der neue Weg ist der Weg der Demokratie, des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern. Bei der Verfolgung dieses Weges kann und wird sich die Regierung auf die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz stützen. Die Potsdamer Beschlüsse gehen aus von der Tatsache der totalen Niederlage Hitlerdeutschlands und der Zerschmetterung des faschistischen Machtapparates. Das dadurch entstandene Vakuum sollte durch die Viermächterregierung ausgefüllt werden. Von vornherein war man sich darüber klar, daß die Besetzung Deutschlands nur vorübergehend sein sollte. Besetzung und Viermächterverwaltung in Deutschland sollten die Grundlagen des deutschen Imperialismus beseitigen, den deutschen Militarismus ausrotten und das deutsche Volk in demokratischem Sinne umerziehen und auf den Weg des Friedens bringen. Deshalb sieht das Potsdamer Abkommen ausdrücklich vor, daß eine einheitliche Verwaltung in ganz Deutschland herbeizuführen ist, daß die Viermächterverwaltung nach Erfüllung ihres Hauptzwecks, nämlich der Beseitigung der Grundlagen des deutschen Imperialismus und Militarismus, durch eine eigene demokratische Regierung des deutschen Volkes abgelöst ist. Die Potsdamer Beschlüsse enthalten als eine Rechtsgrundlage für die Lebensforderungen des deutschen Volkes die Vereinigung aller Teile Deutschlands in einer einheitlichen demokratischen Republik. Die Regierung vertritt die Ansicht, daß kein Deutscher auf diese Rechtsgrundlagen verzichten kann.

Die Handlungen der Regierung werden durch nichts anderes bestimmt als durch die vom Deutschen Volksrat beschlossene, vom 3. Volkskongreß bestätigte und durch die Volkskammer in Kraft gesetzte Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Regierung geht aus der ersten unabhängigen deutschen Volksbewegung hervor, sie ist damit die erste unabhängige deutsche Regierung. Durch ihre Herkunft aus dem deutschen Volke selbst unterscheidet sie sich schon von der auf Grund der Bonner Verfassung errichteten westdeutschen Separatregierung. Die Bonner Verfassung ist nur die Ausführungsbestimmung des Besatzungsstatuts der westlichen Alliierten. Der in Westdeutschland errichtete Verfassungszustand ist keineswegs als der Ausdruck

einer eigenen deutschen politischen Willensbildung anzuerkennen. Der westdeutsche Sonderstaat ist nicht in Bonn, sondern in London entstanden. Bonn hat nur die Londoner Empfehlungen, die in Wahrheit Befehle der westlichen Alliierten waren, ausgeführt. Der nunmehr in die Volkskammer umgewandelte frühere deutsche Volksrat hat wiederholt Vorschläge an die westdeutschen Politiker ergehen lassen, eine gemeinsame politische Plattform für eine demokratische Willensbildung in ganz Deutschland zu schaffen. Sie haben in Westdeutschland diesen demokratischen Weg abgelehnt und glauben, mit den Methoden einer maßlosen Hetze und Verleumdung gegen die Sowjetunion und gegen die sowjetische Besatzungszone weiterzukommen. Gegenüber dieser Politik der chauvinistischen Verhetzung wird die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bemüht sein, die gesunden politischen Kräfte Deutschlands in den Grundfragen der nationalen Einheit und der Schaffung eines Friedensvertrages zu sammeln. Die Regierung wird alles tun, was der Einheit Deutschlands und dem Frieden dienen kann, sie wird alles verhindern, was dieses Ziel gefährdet.

(Starker Beifall)

Die westdeutschen Politiker, die westlichen Alliierten und darüber hinaus die Weltöffentlichkeit werden sich davon überzeugen müssen, daß nur dann, wenn dem deutschen Volke das Recht auf die staatliche Selbstbestimmung eingeräumt wird, das Deutschlandproblem gelöst werden kann.

(Erneuter starker Beifall)

Wir sind unseres geschichtlichen Erfolges auch in Westdeutschland sicher, weil unsere Zielsetzung mit den natürlichen und einfachen Lebensgesetzen unseres Volkes völlig übereinstimmt. Der westdeutsche Separatstaat weist schon in seiner Geburtsstunde alle Krankheitszeichen eines politischen Wechselbalges und seiner Krisis auf, er kann darum vor dem Urteil der Geschichte nicht bestehen.

Der Weg des Friedens, den die Regierung zu gehen entschlossen ist, enthält auch die Anerkennung der uns auferlegten Reparationsverpflichtungen, den Kampf gegen den Geist des Faschismus und Militarismus und deren organisatorische Wiederbelebung, die Errichtung eines demokratischen Staatswesens und die Herstellung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern der Erde. Diese Grundsätze sind Ausgangspunkt aller Aufgaben, die die Regierung sich gestellt hat. Diese Grundsätze entsprechen dem Geist, von dem die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik durchdrungen ist.

Wir sind uns bewußt, daß wir viel daran arbeiten müssen, um den deutschen Namen in der Welt wieder zu Achtung und Anerkennung zu bringen. Das Werk der geistigen Erneuerung der deutschen Nation muß mit allen Kräften getan werden. Es gibt keine Bestimmung, die uns daran hindern könnte, diese Aufgabe zu erfüllen. Es gibt auch keine Bestimmung, die uns daran hindern kann, das zu tun, was wir getan haben, die Entwicklung eines eigenständigen deutschen demokratischen und friedlichen Staatswesens in Gang zu bringen.

Die Entwicklung unseres deutschen demokratischen und friedlichen Staates wird am stärksten behindert von den imperialistischen Westmächten, die die Spaltung Deutschlands bis zu dem heutigen beklagenswerten Stand vorwärtsgetrieben haben. Allerdings müssen wir auch berücksichtigen, daß die Politik der Spaltung, der Zerstückelung Deutschlands, nicht erst aus dem Jahre 1946 stammt. Auf Seiten der Westmächte waren schon während des Krieges starke Bestrebungen festzustellen, Deutschland in eine Reihe Teilstaaten, die nach Möglichkeit untereinander verfeindet sein sollten, aufzusplitteln. Es ist bekannt, daß seitens der